

Inhalt

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 12, August 1939.....	1
KOMMUNISMUS UND GEISTIGE FREIHEIT	1
RESTAURATION DES KAPITALISMUS IN DEUTSCHLAND	9
DER NEUE INLANDSMARKT	9
DAS FINANZWUNDER.....	11
DAS NEUE DEUTSCHLAND.....	12
PRODUKTIONSKONTROLLE	13
EIN GROSSBETRIEB	14
TOTALITÄRE WIRTSCHAFT.....	15
Eingereicht anlässlich der Broschüre: „DIE WELT IM KAMPF“	16
BEMERKUNGEN ZU: RESTAURATION DES KAPITALISMUS IN DEUTSCHLAND	17

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 12, August 1939

KOMMUNISMUS UND GEISTIGE FREIHEIT

[I.]

Der Aufstieg des Faschismus hat nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern auch weite Kreise von Intellektuellen, Schriftstellern und Wissenschaftlern aus dem Gleichgewicht gebracht. Er hat nicht nur jede Opposition gewaltsam unterdrückt und die gesamte Arbeiterbewegung vernichtet, er hat auch alle Intellektuellen gleichgeschaltet, jede von der offiziellen Meinung abweichende Meinungsäußerung verboten und jede Freiheit, wenn auch nicht die des schweigenden Denkens, so doch zumindest die des Redens und Schreibens zerstört. Während die einzig gültige Doktrin mit allen Mitteln geschickter Propaganda verbreitet und der Jugend eingepflegt wird, wird jeder noch so schwachen Äußerung von Kritik mit bestialischer Grausamkeit begegnet.

Diese geistige Unterdrückung gehört notwendigerweise zur gewaltsamen Klassenunterdrückung und ist ein Teil von ihr. Die Intellektuellen trifft dieser Teil besonders hart, denn das Wort und die Feder sind ihre Arbeitsmittel, von denen sie leben müssen. Ihre Aufgabe in der Gesellschaft besteht darin, Ideen zu formen und zu bearbeiten, die widerstreitenden Interessen der Klassen zu formulieren, zu verteidigen, ihnen eine geistreiche Form zu geben, sie zu propagieren und ihnen so im öffentlichen und politischen Leben Ausdruck zu verleihen.

Wenn sie daran gehindert werden, verlieren sie die Luft, in der sie atmen und gedeihen. Wenn sie gute Diener des Kapitalismus sein sollen, müssen sie Diener der Überzeugung sein – egal wie sehr sie von der Notwendigkeit bestimmt werden – aber nicht Diener des Zwangs. Sicherlich braucht auch der faschistische Kapitalismus Intellektuelle, Redner und Schriftsteller, aber dort gelten sie als geistige Handlanger, nicht als freie Arbeiter. Daher ist der Faschismus mit seiner brutalen geistigen Unterdrückung für die meisten und besten Intellektuellen der Welt ein Schreckgespenst.

Dass in Italien und vor allem in Deutschland der Faschismus an die Macht gekommen ist, ist für sie nicht die Hauptproblematik. Aber die Tatsache, dass die Methoden, die dort angewandt werden, nicht überall abgelehnt werden, dass in allen Ländern eine große Zahl junger Menschen diese Unterdrückung verteidigt, dass die Propaganda des Faschismus überall erfolgreich ist und eine stille oder laute Anhängerschaft findet – das ist das Beunruhigende. Sie sehen, dass die Lehre von der geistigen Unfreiheit auf dem Vormarsch ist; sie sehen, dass die Ideale der geistigen Freiheit, die für sie die Axiome ihres Denkens und Fühlens waren, bei der heutigen Generation nicht mehr die gleiche Wertschätzung, oft sogar Kritik und Verachtung finden. Sie verstehen ihre Welt nicht mehr. Und mit Sorge sehen sie eine Welt heranwachsen, die sich so sehr von dem

unterscheidet, was sie sich früher vorgestellt haben. Seit Huizingas¹ „Schaduw en van morgen“ („In den Schatten des Morgens“) sind neue pessimistische Bücher über die neue Barbarei, den Untergang Europas und die Zukunft der Freiheit erschienen. Und dann wird am Ende gesagt, dass sie die Hoffnung nicht aufgeben oder ihre Hoffnung auf die Jugend setzen – während die Jugend als Verfechter des Faschismus auftritt, aber darin steckt keine Überzeugung.

Wenn man glaubt, dass die Gedanken- und Redefreiheit ein unveränderliches und ewig gültiges Naturgesetz ist, das gleichsam bei der Erschaffung der Welt eingesetzt wurde und nur hin und wieder von sündigen Tyrannen gebrochen wird, dann gibt es keinen anderen Standpunkt, als sich über das gegenwärtige Übel zu grämen und auf den Triumph des Guten in der Zukunft zu hoffen. Aber alle diese Freiheiten sind dazu da, der Menschheit zu dienen; sie sind kein Selbstzweck, sondern Mittel zu einem höheren Zweck. Stehen sie der Entwicklung der Gesellschaft im Wege, müssen sie abgeschafft werden. Wer wirklich verstehen will, was geschieht, muss also herausfinden, wo und durch welche gesellschaftliche Entwicklung diese Freiheiten einst so hochgelobte Notwendigkeiten waren und später mit Gleichgültigkeit oder Feindseligkeit betrachtet wurden.

II.

Der Aufstieg der geistigen Freiheit ist eng mit dem Aufstieg der Bourgeoisie verbunden. Als diese Klasse begann, die Macht zu übernehmen, sah sie sich einem despotischen Königtum gegenüber, das durch Beamte regierte und seine Autorität durch Polizei aufrechterhielt. Diese Polizei zensurierte alles, was gedruckt wurde; von Versammlungs- und Meinungsfreiheit konnte keine Rede sein. Die Bourgeoisie wollte selbst regieren; die zahllosen überholten Gesetze und Institutionen aus der Zeit der Zünfte oder im Dienste der Despotie, die Handel und Gewerbe behinderten, mussten verschwinden. Der Wille der wichtigsten und führenden Bevölkerungsgruppe, der Bürger, sollte von Volksvertretern zum Ausdruck gebracht werden, und die Parlamente sollten für die Gesetze, die Finanzen und die Beamtenschaft zuständig sein. Für diese neue Gesellschaftsordnung musste Propaganda gemacht werden, vor allem durch den Nachweis der unhaltbaren Ineffizienz und Fehlerhaftigkeit der bestehenden Regierungen. In ständigem Konflikt mit der Zensur erschienen zahlreiche Bücher, Zeitungen und kleine Schriften. Die Bourgeoisie kämpfte für die Meinungsfreiheit, um die herrschenden Mächte kritisieren zu können, wobei die Intellektuellen, die Schriftsteller, als Wortführer auftraten.

Der Kampf für die freie Meinungsäußerung wird durch die Tat selbst geführt; durch den Akt der freien Meinungsäußerung, in ständiger Missachtung der Zensur. Es ist ein ständiger, zäher Krieg im Kleinen, hier der Zensur trotzend durch geheime Ausgaben, die sich im Verborgenen verbreiten, dort die Zensur ausreizend, indem man immer an der Grenze des Erlaubten bleibt und doch durch Anspielungen, abstrakte Darstellungen, allegorische Bilder, Satire, den Lesern sagt, was man will, ohne dass die Zensur eingreift – bis die Zensur hin und wieder mit einem harten Schlag, einem Verbot einer Zeitung, diesem Spiel ein Ende setzt, woraufhin es an anderer Stelle wieder beginnt. Es ist ein Kampf der geistigen Mehrheit und der Kompetenz gegen die schwerfällige Knute der dummen Herrschaft; hin und wieder wird jemand mit Füßen getreten, zu langen Jahren der Gefangenschaft verurteilt, aber immer gewinnt die geistige Propaganda an Einfluss durch die wachsende Unzufriedenheit einer großen Bevölkerungsschicht. So war es in Frankreich im 18. Jahrhundert, so in England zu Beginn des 19. Jahrhunderts, so in Preußen vor 1848, so auch in Russland bis zu einem gewissen Grad im letzten Teil des 19. Jahrhunderts. Dabei fällt immer wieder auf, dass die verurteilten „politischen“ Verbrecher trotz der Misshandlungen auf hohem Niveau von Polizisten und Gefängniswärtern oft mit einer Art Respekt behandelt werden, als seien sie Vertreter einer kommenden höheren Ordnung der Dinge. So wurde die Meinungsfreiheit erobert, bis sie als Ergebnis der bürgerlichen Revolutionen in den Verfassungen verankert wurde.

Im entstehenden Kapitalismus bildet die Bourgeoisie eine umfangreiche Klasse unabhängiger Produzenten, die völlig frei sind, ihr eigenes Geschäft zu betreiben, mit und neben anderen ebenso freien Individuen, die frei über ihr Eigentum verfügen. Freie Entfaltung ist ihr Motto, die Erweiterung von Wissen und Erkenntnis kommt ihnen selbst und der gesamten Gesellschaft zugute. Ihr Feind ist der dumme Aberglaube, die geistige Sklaverei, die die Massen von den alten feudalen Klassen, den Landbesitzern und dem Klerus, die immer noch viel Macht haben, abhängig hält; ihr Diener ist die Wissenschaft, die freie Forschung, die auch die Technologie und die Industrie antreibt. Eine solche Klasse kann nur durch ein Parlament regieren, in dem alle unterschiedlichen Interessen und Einsichten, jede entsprechend ihrem eigenen Wert, zum Ausdruck kommen und in dem gegenseitige Diskussion und Kampf die Richtung der Politik bestimmen. Hierzu ist

¹ Johan Huizinga (1872-1945) schrieb sehr sinnlich im Stil der Tachtiger und sehr patriotisch über Kulturgeschichte. In den Schatten des Morgens: Eine Diagnose des geistigen Leidens unserer Zeit, 1935 (siehe Wikipedia)

politische Freiheit erforderlich: Vereinigungs-, Versammlungs- und Propagandafreiheit, Freiheit des Denkens, der Rede, des Schreibens und der Veröffentlichung.

Natürlich gibt es immer einen Unterschied zwischen dem abstrakten Prinzip und der Praxis der Umsetzung, d.h. einen Unterschied zwischen dem, was zutiefst und vage als allgemeines, dauerhaftes Klasseninteresse eine Form der Moral bildet, und dem, was das unmittelbare praktische Interesse ist. Je mehr sich die Arbeiterklasse mit scharfer Kritik am Kapitalismus Gehör verschafft, desto mehr neigt die Bourgeoisie dazu, sie zum Schweigen zu bringen. Wenn eine Verfassung die Presse- und Meinungsfreiheit festschreibt, enthält sie immer einen Satz: Soweit nicht das Gesetz, das öffentliche Interesse, die Interessen des Staates eine weitere Regelung erfordern. Doch nun sind es die Arbeiter selbst, die durch ihren Kampf die Anerkennung der Bürgerrechte durchsetzen. Dies ist zum einen möglich, weil sie alle möglichen reaktionären Überbleibsel kritisieren, die nicht in eine bürgerliche Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit passen (Fürsten-, Adels- und Polizeigewalt) und für die sie deshalb Sympathien beim Kleinbürgertum finden. Und zweitens durch ihre zunehmende Macht in der Gesellschaft. Als Bismarck² mit dem Sozialistengesetz³ die freie Propaganda verbot, stellte sich heraus, dass dieses Verbot nicht durchsetzbar war; die Polizei wurde ständig überlistet, und trotz der Tatsache, dass jedes Mal Arbeiter inhaftiert wurden, breitete sich die Propaganda weiter aus. Die Arbeiter bildeten zusammen den Produktionsapparat, die lebendige Gesellschaft, sie waren durch ihre Arbeit in der Fabrik und im Transportwesen ständig miteinander in Kontakt, und die einfache Gewalt der Polizei und der Gerichte konnte diese Verbindung nicht unterbrechen. So zwangen sie die deutsche Regierung, das machtlose Verbot aufzuheben. Und so zeigte sich einmal mehr, dass in einem entstehenden Kapitalismus geistige Freiheit, Rede- und Schreibfreiheit als Mittel der sich entwickelnden, agitierenden und kämpfenden Klassen unverzichtbar sind, um sich selbst und ihren Platz und ihre Bedeutung zu finden.

III.

Aber die kapitalistische Welt hat sich verändert. Gerade der Aufstieg des Faschismus mit seinem neuen Denken der Unfreiheit zeigt, dass im tiefsten Gewebe der Gesellschaft ein Wandel stattgefunden hat. Aus überwiegend kleinen Unternehmen, wie vor hundert Jahren, sind nun überwiegend große Unternehmen geworden. Das Kapital hat sich in immer weniger Händen angesammelt. Es mag Millionen von Menschen geben, die kleine Unternehmen haben oder ein kleines Kapital besitzen und daraus Zinsen beziehen, aber sie bedeuten nichts, sie haben keinen Einfluss auf den Produktionsprozess. Dieser wird vollständig von den kleinen Gruppen von Großkapitalisten kontrolliert, die die Banken, die riesigen Konzerne und die Monopole kontrollieren. Schon vor dreißig Jahren schrieb Rathenau⁴, dass dreihundert Männer, die sich alle kennen, das Wirtschaftsleben Europas kontrollieren. In Frankreich spricht man von den 200 Familien, die das französische Kapital und damit Frankreich beherrschen. Die 60 Familien Amerikas kontrollieren den gesamten Reichtum, die gesamte Industrie, die gesamte Presse und die gesamte Politik des Landes. Die große Masse der Kleinkapitalisten ist als herrschende Klasse durch eine kleine Gruppe von Monopolkapitalisten ersetzt worden. Dies musste natürlich auch zu großen Veränderungen bei allen geistigen Phänomenen führen. Es wird manchmal gesagt, dass der Faschismus der politische Ausdruck des Monopolkapitals ist. Das ist etwas übertrieben. Diese politische Form wird nur dort verwendet, wo sie notwendig ist. Wenn die Herrschaft des Monopolkapitals nicht in Gefahr ist, von allen Klassen akzeptiert wird und keinen Massenwiderstand hervorruft, ist keine politische und geistige Repression notwendig. In England ist die Arbeiterklasse völlig vom bürgerlichen Geist durchdrungen und hat ebenso viel Respekt vor den herrschenden Adligen und Kapitalisten wie die Masse des Kleinbürgertums. Dies ist möglich, weil die englische Bourgeoisie durch ihre Kolonien und ihren über die ganze Welt verteilten Kapitalbesitz immer noch über große Einkommensquellen verfügt, die über die unmittelbare Ausbeutung der englischen Arbeiter hinausgehen. Letztere haben also ein gemeinsames Interesse daran, die Weltmachtstellung Englands zu erhalten; und dazu braucht es nicht mehr als die traditionelle bürgerliche Gedankenwelt, einen tief verwurzelten Nationalismus mit einem starken Persönlichkeits- und Freiheitsgefühl. In einem solchen Land hat der Faschismus, trotz der Sympathie einiger einflussreicher Lords und Finanziers, kaum eine Chance. Wo die Weltmacht noch so wenig betroffen und die Arbeiterklasse so wenig gefährlich ist, ist die Nutzung der

² Otto von Bismarck (1815-1898), Ministerpräsident von Preußen, Kanzler des Norddeutschen Bundes, Kanzler des Deutschen Reiches von 1871 bis 1890

³ Das Sozialistengesetz (offiziell Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie) war ein Gesetz, das im Deutschen Reich von 1878 bis 1890 in Kraft war. Es verbot Versammlungen und schriftliche Erklärungen der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), der späteren Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (siehe [Wikipedia](#))

⁴ Walther Rathenau (1867-1922); deutscher Industrieller, Politiker, Publizist und Schriftsteller. Im Jahr 1922 war er für kurze Zeit Außenminister, bevor er von Anhängern der extremen Rechten ermordet wurde. (siehe [Wikipedia](#))

bürgerlichen Freiheiten und der bürgerlichen Demokratie mit ihrem Anschein von politischem Einfluss der Massen eine viel bessere Garantie für die kapitalistische Herrschaft als gewaltsame Unterdrückung.

Der Faschismus ist vielmehr der politische Ausdruck des Kapitalismus in Not. Der deutsche Kapitalismus, durch den Weltkrieg verkrüppelt, bedroht durch Reparationszahlungen, die ihn vernichten würden, abgeschnitten von jeglichem Anteil an der Ausbeutung anderer Teile der Welt, musste alle seine Kräfte zum Widerstand mobilisieren. Dies konnte nicht durch die freie Entfaltung der persönlichen Kräfte der Kapitalisten erreicht werden, sondern nur durch eine straffe Organisation, politisch, wirtschaftlich und auch geistig. Die gesamte kapitalistische Macht muss von einer zentralen Führung auf ein Ziel ausgerichtet werden; wobei natürlich Widerstandsaktionen der Arbeiter, Klassenkampf innerhalb des Kapitalismus, nicht toleriert werden können. Alle parlamentarischen Kämpfe von Vertretern unterschiedlicher Interessen sind ein Verlust an Kraft; alle Reibungen und Meinungsverschiedenheiten, die in der Rede- und Pressefreiheit entstehen würden, verringern die Geschlossenheit des Handelns nach außen. Der Kapitalismus ist nichts anderes als die Herrschaft der Ausbeuter über die Ausgebeuteten; es versteht sich von selbst, dass er durch eine unangefochtene Diktatur des Monopolkapitals die größte Macht gegenüber seinen Konkurrenten entwickeln kann. Natürlich bleibt das auch wahr, wenn Regierungschefs vom Diener und Vollstrecker der Kapitalinteressen zu Herren werden wollen. Das Kapital ist unpersönlich, und wenn Göring⁵ und seine Kollegen es schaffen, sich zu Herren von Kapitalmonopolen zu machen, bleibt das kapitalistische Diktatur.

Daher müssen es nicht die Länder mit der höchsten kapitalistischen Entwicklung sein, die faschistisch werden. Natürlich muss es die wirtschaftliche Macht eines konzentrierten Großkapitals geben (wo diese fehlt, kann der Name Faschismus nur eine äußere Form für einen primitiven Despotismus sein). Aber nur dort, wo die größten Anstrengungen erforderlich sind, um sich einen Platz und einen Anteil in der Kontrolle des Weltreichs zu sichern, schafft der Kapitalismus diese starke Organisation der Kräfte. Dagegen sind die Arbeiter vorerst machtlos. Im Gegensatz zu ihrer dem Frühkapitalismus angehörenden Denkweise steht nun die staatliche Organisation des Monopolkapitals als eine höhere, weiter entwickelte Form. Die rigoros durchgesetzte hierarchisch-militärische Organisation und die grausamen Machtmittel des neuen Staatsapparates zur Regulierung und Überwachung der Arbeit zerstören leicht die alten primitiven Organisationen der Arbeiter und brechen ihren Zusammenhalt. Bis der neue schwere Druck und die wachsende Unzufriedenheit, die sich nicht auf normale Weise ausdrücken kann, so große Spannungen erzeugen und mit diesem neuen Kapitalismus bei den Arbeitern größere Kräfte des Gegendrucks so weit gewachsen sind, dass sich daraus neue Kampfmöglichkeiten ergeben.

All dies gilt für die Länder, in denen der Faschismus vorherrscht. Wichtig für uns ist aber der Einfluss, den er auch in anderen Ländern ausübt ... In allen Ländern liegt die geistige Bedeutung der hohen Kapitalkonzentration darin, dass sie eine Stimmung der Gleichgültigkeit gegenüber der geistigen Freiheit hervorruft. Die führenden Interessengruppen legen keinen Wert mehr auf die Rede- und Schreibfreiheit. Und das überträgt sich auf alles, was von ihnen abhängt. Es gibt keine große herrschende Klasse mehr, die selbst diese Freiheit braucht; das Kleinbürgertum weiß nichts davon, denn es ist von dieser Freiheit zermalmt worden; die Arbeiter sind die Feinde; und die Intellektuellen, die früher als Wortführer der aufstrebenden Bourgeoisie eine Lebensaufgabe fanden, sind jetzt viel besser dran, wenn sie in den persönlichen Dienst der großen Kapitalisten treten und in diesem Dienst Bücher und Zeitungen schreiben. Nur die Intellektuellen, die von diesem unmittelbaren Interesse etwas entfernt sind, welche abstrakter ideologisch denken, die an alten Idealen festhalten oder sich zu Wortführern der unterdrückten Klassen machen, empfinden diese Entwicklung als Bedrohung und verehren die alten geistigen Freiheiten.

Aber – ist das wirklich wahr?

Auch die Arbeiterbewegung hat sich parallel zur Entwicklung des Kapitalismus entwickelt. In den großen politischen Organisationen und Gewerkschaften mit Hunderttausenden von Mitgliedern, die von Verwaltungsangestellten, Politikern und Sekretären geführt werden, hat der bürokratische Apparat zunehmend alle Macht an sich gerissen; die formalen demokratischen Rechte der Mitglieder sind nur noch eine Scheinmacht, und die Rede- und Schreibfreiheit ist nur noch begrenzt. Ihr Zukunftsprogramm, das sie verwirklichen wollen, wenn die Macht in ihre Hände fällt, ist ein Staatssozialismus, in dem die Produktionsmittel Eigentum des Staates sind, der sie als einen gut organisierten, hochentwickelten Produktionsorganismus arbeiten lässt; in dem die Arbeiter Löhne vom Staat erhalten; in dem also die herrschende Staatsbürokratie direkt für die Produktion, die Arbeitsbedingungen und die Löhne zuständig ist. Das ist also die gleiche Richtung, in die sich der Monopolkapitalismus selbst bewegt. Was im Faschismus als ein stiller Kampf von Großkapitalisten und Regierungspersonen stattfindet, der allmähliche Übergang vom Privat- zum Staatskapitalismus, hoffen die sozialdemokratischen Parteien durch schnelle politische

⁵ Hermann Wilhelm Göring (1893-1946 im Kriegsverbrechertribunal zu Nürnberg zum Tode verurteilt, dann Selbstmord); deutscher Politiker, Militärführer und führendes Mitglied der N.S.D.A.P. (siehe [Wikipedia](#))

Machtmittel zu erreichen, nachdem eine revolutionäre oder nicht-revolutionäre Volksbewegung sie an die Macht gebracht hat. Im letzteren Fall muss zwangsläufig die demokratische⁶ Tradition, und damit auch die geistige Freiheit, an den Forderungen nach Gehorsam gegenüber den von oben vorgegebenen Regeln scheitern. Der Gegensatz zwischen faschistischen und sozialistischen Intellektuellen würde dann auf den zweier konkurrierender Gruppen hinauslaufen, von denen die eine regiert und die andere gerne regieren würde. Natürlich wird es gewisse Unterschiede in den Regierungsmethoden geben, da die eine Art mehr mit der Tradition der Demokratie und Freiheit aus den früheren Tagen des Aufstiegs belastet ist. Doch Erfahrungen wie die mit Noske⁷ und Ebert⁸ im Jahr 1918 zeigen, wie wenig die ideologischen Traditionen den neuen Realitäten standhalten.

Noch deutlicher wird dies bei der Partei, die sich den Namen „Kommunistisch“ gibt, um die Arbeiter als ihre Anhänger zu gewinnen, um sie, wie sie sagt, vom Kapitalismus zu befreien. Sie beansprucht die Führung für sich, sie verlangt bedingungslosen Gehorsam von den Anhängern, den Arbeitern, sie verfolgt die Träger abweichender Meinungen als „Feinde des Proletariats“. Sie nimmt sich den russischen Staatskapitalismus zum Vorbild, in dem die herrschende Bürokratie nach faschistischen Methoden jede geistige Freiheit auslöscht. Der Moskauer Bolschewismus und der deutsche Faschismus werden, obwohl sie unterschiedliche Ursprünge haben, immer mehr zu ähnlichen Gegnern, die beide die Arbeiter mit staatskapitalistischer Ausbeutung unterdrücken. Ihre westlichen Ableger, die NS-Gruppen und die KP, sind ähnliche Konkurrenten, die beide die Macht gewinnen und die Arbeiter unter ihre Herrschaft bringen wollen. Beide sind nach ihren öffentlich erklärten Grundsätzen ausgesprochene Feinde der Redefreiheit, der Pressefreiheit und der freien Meinungsäußerung.

So führt der moderne Kapitalismus, wenn es um geistige Freiheit geht, zu Gefühlen und Haltungen, die genau das Gegenteil von denen sind, mit denen der Kapitalismus in früheren Jahrhunderten als revolutionärer Faktor gewirkt hat.

Wie wird es sein, wenn die Arbeiterklasse als revolutionäre Kraft auftreten wird?

IV.

Kommunismus bedeutet, dass die Arbeiterklasse selbst Herr über die Produktionsmittel (die Maschinen, den Boden) ist und sie im Arbeitsprozess oder zur Produktion aller Lebensnotwendigkeiten einsetzt. Nicht im Namen, nicht so, dass Regierungen oder Vorstände oder Direktionen für die Verwaltung und die Verfügung über die Produktionsmittel verantwortlich sind (natürlich im Dienste und im Namen der Arbeiter), sondern so, dass die Arbeiter selbst verantwortlich sind, dass sie selbst als Masse für die Sache eintreten, um aus eigener Kraft und nach eigener Einsicht das gesellschaftliche Leben aufzubauen. Die Eroberung des Kommunismus ist die Eroberung der Produktionsmittel, gegen die kapitalistische Macht, die dies bisher verhindert hat. Deshalb ist diese Eroberung nur als Revolution möglich, als Zerstörung dieser Macht der Bourgeoisie. Eine solche Revolution ist nicht durch irgendeine Organisation, Gruppe oder Partei möglich, die eine Führungsrolle übernehmen will. Erstens, weil eine solche Gruppe, wie stark sie sich auch gebärdet, viel zu schwach ist, um die gewaltige Macht des Kapitals zu überwinden; nur die gesamte Arbeiterklasse kann dies tun, wenn sie ihre Kräfte bis zum Äußersten einsetzt. Und außerdem, weil diejenigen, die im Kampf an der Spitze stehen, auch nach dem Kampf die Herren sein werden – es sei denn, ein neuer Kampf gegen die neuen Herren bricht aus. Wir haben bereits dargelegt, dass sozialistische und kommunistische Parteien als Ziel ihres Kampfes eine Gesellschaftsordnung anstreben, in der die Arbeiter durch das staatskapitalistische System ausgebeutet und unterdrückt werden.

Wenn die Arbeiter selbst Herren über die Produktionsmittel werden sollen, müssen sie diese mit aller Kraft erobern; weniger können sie nicht tun, und solange sie glauben, dies anderen überlassen zu können, werden sie die alten Knechte bleiben. Es hilft auch nicht, wenn sie sagen, dass sie alle mitmachen und ihren Anführern folgen werden; sie müssen alles *selbst* machen, auch das Denken, Überlegen, Entscheiden, „Führen“, und das ist eben das Wichtigste und das Schwierigste. So wie der Kommunismus die Selbstbestimmung der Arbeiter in der produktiven Arbeit ist, ist der revolutionäre Kampf für den Kommunismus die Selbstbestimmung der Arbeiter in ihrem Klassenkampf. Selbstbestimmung bedeutet, über alle Handlungen selbst zu entscheiden,

⁶ Im niederländischen Original steht bürokratisch, was höchst wahrscheinlich ein Tippfehler war.

⁷ Gustav Noske (1868-1946) war ein deutscher sozialdemokratischer Politiker und Journalist. Mit Hilfe von Freikorps und von Armeeeinheiten gelang es Noske, den spartakistischen (kommunistischen) Aufstand in Berlin blutig niederzuschlagen. In seinen eigenen Worten: „Es gab keinen Spielraum mehr für Manöver. Irgendjemand muss der Bluthund sein.“ (siehe Wikipedia)

⁸ Friedrich Ebert (1871-1925) war ein deutscher sozialdemokratischer Politiker. Von 1919 bis zu seinem Tod war er der erste Reichspräsident Deutschlands; 1914 stimmte er für die Kriegskredite, für den Erhalt der Monarchie und unterdrückte zusammen mit General Wilhelm Groener Arbeiteraufstände. (siehe Wikipedia)

selbst zu überlegen, was in jeder Situation zu tun ist, selbst zu wissen, selbst zu denken. So formuliert, klingt es so selbstverständlich, dass es fast zu einem Wort ohne Inhalt wird. Und doch liegt darin die größte Revolution der Menschheit, der Aufstieg der Unterdrückten, der Ausgebeuteten, der von herrschenden Minderheiten materiell und geistig abhängigen Sklavenmassen zu freien Menschen, die selbst über ihr Leben bestimmen. Die konterrevolutionäre Macht des Kapitals liegt darin, dass sie die Arbeiter an der Selbstbestimmung hindert. Tradition, Erziehung und Propaganda halten die Arbeiter in der alten Mentalität von Herr und Knecht gefangen; die Staatsmacht hält die bürgerliche Ordnung aufrecht und verhindert jeden Ansatz einer unabhängigen revolutionären Aktion; die alte „Arbeiterbewegung“ fungiert als Wächter und Führer, um jede Bewegung innerhalb der kapitalistischen Grenzen zu halten. Der Aufbau des Kommunismus ist nur möglich, wenn diese Mächte bekämpft und vernichtet werden. Dafür sind Bedingungen notwendig, die ihrerseits nur im und durch den Kampf entstehen. Die Entwicklung der Revolution ist das Wachstum der Fähigkeit der Arbeiter, als Klasse zu handeln.

In jedem Moment des Kampfes müssen die Arbeiter Entscheidungen treffen. Nicht über gleichgültige Dinge, bei denen man formell darüber abstimmt, was andere bereits herausgefunden haben. Sondern Entscheidungen über Lebensfragen, von denen Sieg oder Untergang abhängen, die sie mit glühendem Willen, mit leidenschaftlicher Begeisterung unterstützen. Um zu entscheiden, muss man zuerst wissen, überlegen und diskutieren. Für die arbeitenden Massen ist die Abwägung und Diskussion eine öffentliche Diskussion, ein öffentlicher Kampf der Meinungen. Die Entscheidungen werden in den natürlichen Gruppen getroffen, die gemeinsam handeln müssen, den Betriebsversammlungen, den Delegiertenversammlungen. Aber die Erkenntnisse, die Standpunkte, die Argumente kommen aus den öffentlichen Präsentationen und Diskussionen. Damit Entscheidungen auf der Grundlage umfassender und vollständiger Kenntnisse getroffen werden können, müssen alle Meinungen und Erkenntnisse frei geäußert werden. Die größtmögliche Freiheit der Rede und des Schreibens, der Propaganda, der Versammlung und der Diskussion ist eine Voraussetzung für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Viele Arbeiter, die mit den überlieferten Parteauffassungen aufgewachsen sind, werden denken, dass dies nur mit großen Einschränkungen gelten kann. Denn wenn nach einem ersten Sieg der Arbeiter die Bourgeoisie, die Konterrevolutionäre, diese Pressefreiheit nutzen, um Unwahrheiten zu verbreiten, zu entmutigen und zu verwirren, dann ist die Revolution wieder gefährdet. Welche kriegführende Klasse wäre so töricht, ihren Feinden Waffen in die Hand zu geben? Demgegenüber stellt sich die Frage: Wer sind die Konterrevolutionäre, wie erkennt man die Feinde der Arbeiterklasse? Jede Partei, jede Gruppe verkündet, dass sie die wahren Freunde des Proletariats sind und erklärt die anderen Parteien zu Feinden oder zumindest zu Betrügnern. Wir erleben immer noch täglich, wie Russland und die KP jeden, der die staatskapitalistische Unterdrückung kritisiert, als Konterrevolutionär und Feind des internationalen revolutionären Proletariats bezeichnen.

Natürlich wird die Bourgeoisie nach einem Sieg der Arbeiter das Spiel nicht verloren geben und versuchen, ihre Macht durch Propaganda, Worte und Presse wiederzuerlangen. Glauben wir, dass diese Schriften die Aufschrift tragen werden: „Für den Kapitalismus, gegen die Arbeiter“? Alles, was für die Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Klassenunterdrückung eintritt, wird sich dann als Freund der Arbeiter, als revolutionär tarnen, als noch revolutionärer als die Arbeiter selbst. Dies ist leicht zu verstehen, da die einflussreichsten Parteien, die von der Masse der Arbeiter unterstützt werden, ein politisches Programm haben, das, wenn es verwirklicht wird, für die Arbeiter neuer Lohndienst und Unterordnung bedeuten würde. Die geistige Selbstermächtigung der Arbeiter kann nur darin bestehen, in dieser Vielzahl von Eindrücken ihren eigenen Weg zu finden und zu lernen, nicht wie unmündige Kinder zu sein, die nur die geistige Nahrung, die ihnen die herrschenden Autoritäten zu essen geben, mit dem Löffel aufnehmen und treu akzeptieren, sondern sich ihr eigenes Urteil aus der Durchsicht aller möglichen Meinungen bilden, geprüft an ihrem eigenen gesunden Menschenverstand und ihrem unmittelbaren Gefühl für ihre eigenen Lebensinteressen.

Genau darin wird ein wichtiger Teil ihres Kampfes bestehen. Nach jeder Revolution – einem Sturz der Regierungsmacht durch eine siegreiche Massenbewegung oder einer politischen Katastrophe – stellt sich sofort das Problem der Organisation der Gesellschaft und ihrer weiteren Entwicklung. Die Arbeiter werden, wenn die Macht in ihre Hände fällt, mit den schwierigsten Fragen konfrontiert werden, deren Lösungen in keinem Buch zu finden sind; nur die größte Anstrengung und Ausdauer werden sie befähigen, ihren Weg zu finden; und über jede Frage sind die Meinungen gespalten. Dann wird es geschehen, dass fähige, einflussreiche Personen, die an der Spitze der Aktionen stehen und ihren Weg klar vor sich sehen, die Massen schneller mitreißen und ihr Zögern überwinden wollen, indem sie ihre Ideen mit größerem Nachdruck verbreiten und diejenigen, die dagegen sind, als konterrevolutionär unterdrücken. Denn ist nicht jede Quertreiberei, die die Einheit des Denkens und Wollens der Arbeiterklasse bedroht, eine Gefahr für die Revolution und daher konterrevolutionär? Dies ist der erste Schritt auf einem Weg, der zur Hegemonie der Partei über die Arbeiterklasse führt.

In der Wirtschaftspraxis geht es um die Frage, ob die Arbeiter selbst die Herren der Produktion sein werden, indem sie diese selbstständig verwalten und kontrollieren, oder ob eine Bürokratie von Führern, die sich aus

ihrer Mitte als neue Regierung erheben, die Herren der Produktion sein werden. Im ersten Fall müssen die Arbeiter immer selbst denken und entscheiden und sich ihre eigene Meinung durch freie und offene Propaganda und Diskussion bilden; im zweiten Fall kann die Führung nicht zulassen, dass durch abfällige Kritik und feindselige Propaganda Unzufriedenheit und Widerstand geweckt werden. So findet der Gegensatz zwischen Klassendiktatur und Parteidiktatur seinen geistigen Ausdruck im Gegensatz zwischen Freiheit und Unfreiheit der Rede, des Schreibens, der Presse und der Propaganda. An diesem Merkmal wird sofort deutlich, wer für die Selbstbestimmung der Arbeiterklasse und wer für die Herrschaft der Partei über die Arbeiterklasse ist. Die Bemühungen, die unmittelbar nach jeder Revolution beginnen, um Ordnung zu schaffen, d.h. um den Gehorsam der rebellischen und siegreichen Massen wiederherzustellen, werden eher unauffällig sein und sich zunächst vielleicht in der Einschränkung des „Missbrauchs der Meinungsfreiheit“ und in der Unterdrückung von Kritik äußern. Der Kampf für die Rede- und Schreibfreiheit ist Teil des Kampfes für die totale Selbstbestimmung und Freiheit der Arbeiterklasse und wird daher mit Höhen und Tiefen erst mit der Zeit gesichert.

V.

Die geistige Freiheit ist also untrennbar mit dem Kommunismus verbunden. Denn der Kommunismus ist die vollständige gesellschaftliche und materielle Freiheit. Was die bürgerliche Welt und ihre Intellektuellen einander erzählen, dass geistige Freiheit im Gegensatz zum Kommunismus steht, ist völlig falsch. Das liegt daran, dass sie in bewusster Unkenntnis den Moskauer Faschismus mit dem Kommunismus verwechseln und ihn immer als Kommunismus bezeichnen. Nichts treibt sie an, dieses Missverständnis zu überwinden, denn es verschafft ihnen die Genugtuung, den Kommunismus von einer privilegierten Position aus zu verleumden. Und sie können das Missverständnis nicht überwinden, weil der wirkliche Kommunismus, die Freiheit der Arbeiter, die als Herren der Produktion ihr eigenes Leben regeln und kontrollieren, völlig außerhalb ihrer Vorstellungskraft liegt. So wie der Kapitalist sich die Welt nur als eine Welt von Herren und Dienern vorstellen kann, so stellt sich der Intellektuelle die Menschheit immer als eine Welt von klugen und dummen Menschen vor, wobei letztere die Masse sind und erstere dazu bestimmt sind, sie zu führen.

Für die Intellektuellen gibt es also allen Grund zum Pessimismus, wenn es um die geistige Freiheit geht. Die alte Gedankenwelt, in der sie lebten, verliert ihre Grundlage; die zunehmende geistige Unfreiheit ist Teil der modernen Entwicklung des Großkapitals, also unvermeidlich; und die kommende Freiheit des Kommunismus ist so weit von ihnen entfernt, dass sie nichts davon sehen. Die geistige Freiheit wird nur im Kampf der Arbeiter selbst entstehen und wirken.

Im letzten Teil des vorangegangenen Artikels wurde die Frage der geistigen Freiheit oder Unfreiheit im Zusammenhang mit dem Kampf der Arbeiterklasse diskutiert. Sie wird dort jedoch nur allgemein formuliert; der Klasseninhalt und damit die Grenzen des Begriffs „Freiheit“ werden nicht weiter behandelt. Daher erscheint es uns angebracht, einen zusätzlichen Abschnitt zu diesem Thema einzufügen.

Der Kampf der Arbeiterklasse für den Kommunismus bedeutet die Eroberung der Kontrolle über die Produktivkräfte durch das Proletariat. In diesem Kampf müssen die Arbeiter allen kapitalistischen Tendenzen und Bewegungen widerstehen, die versuchen, ihnen die Produktionsmittel zu entziehen.

Die Bourgeoisie wird mit verschiedenen Mitteln, mit listigen Täuschungen, mit offener Gewalt, versuchen, die Kontrolle über die Produktionsmittel wiederzuerlangen, während aus den Reihen der Intellektuellen, der Beamten, der Gewerkschaftsfunktionäre neue Gruppen entstehen werden, die bereit sind, das Erbe der alten Bourgeoisie zu übernehmen.

Daher wird der Kampf für die Herrschaft der Arbeiter in einer kommunistischen Gesellschaft gleichzeitig die Form eines Kampfes gegen alle diese kapitalistischen und staatskapitalistischen Strömungen annehmen. Die Arbeiter werden hartnäckig dafür sorgen müssen, dass sie alle Funktionen selbst in die Hand nehmen und nichts den unabhängigen Machtorganen überlassen. Sie dürfen keinen Raum für die Aktionen neuer Eberts, neuer Lenins, neuer Caballeros lassen, sondern müssen alle Bestrebungen, staatliche Organe zu schaffen, die einen Teil der Aufgaben der Arbeiterräte übernehmen, mit allen Mitteln unterdrücken. So wird sich eine proletarische Diktatur bilden, die sich allem widersetzt, was die unabhängige Macht der direkten Arbeiterorgane untergräbt.

Diese Unterdrückung der staatskapitalistischen Bestrebungen findet natürlich nicht nur im materiellen, sondern auch im geistigen Bereich statt. Die neuen Herrscher über die Arbeiterklasse bereiten ihren Weg durch die Propaganda vor, in welcher sie zu den Arbeitern über die notwendige Einheit angesichts der Spaltung und Verwirrung sprechen werden, die innerhalb der Arbeiterräte zwischen den verschiedenen Meinungen und Ansichten herrscht. Sie werden auf die Notwendigkeit einer starken Organisation hinweisen, um die Revolution gegen die Angriffe der alten Bourgeoisie zu verteidigen; sie werden auf die Notwendigkeit hinweisen, den Produktionsablauf so schnell wie möglich in geordnete Bahnen zu lenken.

Auf all diesen Wegen werden sie versuchen, die Sympathie eines großen Teils der Arbeiterklasse zu gewinnen, sie werden diesen Teil um sich scharen und ihn sich zu einer Macht organisieren, um in einem blutigen Kampf alles, was von der unabhängigen Arbeitermacht übriggeblieben ist, zu erledigen.

Die Arbeiter werden aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen und gegen die Bemühungen dieser Gruppen vorgehen müssen. Solange die revolutionären Kräfte im Proletariat noch schwach sind, solange ein großer Teil der Arbeiterklasse noch in staatskapitalistischen Denkweisen gefangen ist, gibt es fast keine andere Möglichkeit, gegen diese Gruppen vorzugehen als durch die Propaganda, die ihre Bestrebungen entlarvt, und die Aktionen von Streiks und bewaffnetem Kampf, die an die Solidarität der gesamten Arbeiterklasse appellieren. Aber sobald das revolutionäre Bewusstsein an Boden gewinnt und von großen Teilen der Arbeiterklasse unterstützt wird, würde diese Aktivität eine andere Grundlage bekommen. Das Vorgehen der staatskapitalistischen Gruppen wird nicht nachlassen, weil es von materiellen Interessen geleitet wird, aber die Verteidigung der Arbeiter dagegen wird neue Formen annehmen. In den Arbeiterräten werden Beschlüsse gefasst, die alle Bemühungen, die autonome Macht dieser Organe zu beschneiden, als konterrevolutionär bezeichnen; das Ergebnis wird sein, dass die staatskapitalistischen Gruppen nicht mehr als gleichberechtigte Gegner bekämpft werden, sondern als Gegner der Revolution unterdrückt werden. Wo sie sich selbst organisieren, werden sie aufgelöst, die Teilnehmer unschädlich gemacht, die Propaganda unterdrückt. So müssen die Arbeiter verhindern, dass sie Organisationen bilden, die die für das Wirtschaftsleben zuständigen Arbeiterräte angreifen oder bewaffnete Aktionen gegen die proletarische Klassenherrschaft vorbereiten.

Die geistige Freiheit des Kommunismus kann also nicht bedeuten, dass der Kampf zwischen Arbeiterherrschaft und staatskapitalistischen Bestrebungen zu einem freien Duell der Meinungen wird; materielle Gewalt wird in diesem Kampf eine wichtige Rolle spielen und die Schwächsten auch geistig unterdrücken. Denn so wie ein siegreicher Staatskapitalismus alle Ausdrucksformen revolutionärer Bestrebungen zerstört, wird eine siegreiche Arbeiterklasse die Ausdrucksformen der Eberts und Scheidemanns unmöglich machen. Auch die proletarische Diktatur hat ihre geistige Unfreiheit.

Der wesentliche Unterschied zwischen der Unterdrückung der Meinungsäußerung durch die Arbeiterklasse oder durch den Staatskapitalismus, der das eine als Freiheit und das andere als Unterdrückung kennzeichnet, liegt jedoch darin, dass im ersten Fall die Arbeiterklasse als Ganzes und unabhängig ihre Maßnahmen ergreift, um einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen, während im zweiten Fall eine herrschende Minderheit versucht, das Aufkommen von Widerstand aus den Schichten der Unterdrückten zu verhindern. Es ist derselbe Unterschied wie bei der Kontrolle der Produktionsmittel, die in einem Fall der Arbeiterklasse gehört, was automatisch alle Feinde des Kommunismus ausschließt, und die im anderen Fall in den Händen der herrschenden und ausbeutenden Minderheit liegt. Auch der Propagandaapparat ist eine Produktivkraft, die von der Arbeiterklasse erobert und kontrolliert werden muss und die gegen alle Versuche geschützt werden muss, sie der Staatskapitalistenklasse unterzuordnen.

Die Praxis der Revolutionen hat gezeigt, dass die Arbeiterklasse selten als eigenständige Einheit agiert, sondern dass ihr Handeln oft zersplittert ist, weil ein Teil unerschütterlich nach der Verwirklichung der revolutionären Ziele strebt und mit allen Mitteln versucht, die gesellschaftliche Macht zu erobern und zu erhalten, während ein anderer Teil, noch im bürgerlichen Denken gefangen, sich vor den Karren von Reformismus und Konterrevolution spannen lässt. Der Kampf zwischen Arbeitermacht und Staatskapitalismus findet also nicht nur als Kampf zwischen verschiedenen Klassen statt, sondern auch als Kampf zwischen verschiedenen Teilen ein und derselben Klasse.

Und auch dieser Kampf wird mit allen Mitteln geführt werden. So wie die Streikenden versuchen, „arbeitswillige“ Arbeiter zunächst mit Überzeugungsarbeit, dann aber mit Gewalt zu behindern – auch wenn die „arbeitswilligen“ Arbeiter glauben, den Interessen der Klasse zu dienen, weil sie der Losung ihrer Gewerkschaft folgen –, so werden in revolutionären Zeiten diejenigen Teile der Arbeiterklasse, die die unabhängige Macht der Arbeiterräte erhalten wollen, mit allen Mitteln gegen die Komplizen des Staatskapitalismus vorgehen, auch wenn diese Komplizen Arbeiter sind, die glauben, den Interessen ihrer Klasse zu dienen. Die freie Diskussion, die freie Meinungsäußerung, entscheidet über die zu ergreifenden Maßnahmen, schließt aber materielle Gewalt nicht aus.

So wie der Monopolkapitalismus seine Armee aus Arbeitern rekrutiert, die er ideologisch so weit wie möglich an sich zu binden versucht, so wird auch die staatskapitalistische Konterrevolution eine Armee aus den rückständigsten Teilen der Arbeiterklasse bilden, die sie mit allen ideologischen und materiellen Mitteln an sich bindet. Wird der Kampf des revolutionären Teils des Proletariats hier enden? Man kann sicher sein, dass dieser Kampf geführt werden wird, und das Ergebnis wird über das Schicksal der Revolution entscheiden!

So wird die proletarische Diktatur in der Tat geistige und materielle Unterdrückung mit sich bringen, Unterdrückung auch der Meinungen von Proletariern. Auch hier wird die schwächste Gruppe unterdrückt, ob revolutionär oder konterrevolutionär, denn beide sind unvereinbar und können nicht nebeneinander

bestehen. Die Meinungsfreiheit kann sich nur innerhalb der revolutionären Gruppe ausbreiten, wo unterschiedliche Meinungen ungehindert nebeneinanderstehen können und diejenige Meinung den Sieg davonträgt, die den Erfordernissen der Situation am besten gerecht wird. Es kann keinen Frieden zwischen Revolutionären und Konterrevolutionären geben.

Wieder stellt sich die Frage: Wer entscheidet, was revolutionär und was konterrevolutionär ist? Die Antwort lautet: die revolutionären Arbeiter tun es! Revolutionär zu sein bedeutet, die Herrschaft der Arbeiterklasse durch ihre Räte anzustreben; daraus folgt, dass Beschlüsse nur dann revolutionär sind, wenn sie von den Arbeiterräten gefasst werden und die Erhaltung und Organisation ihrer Macht zum Ziel haben. Der Gegensatz zwischen revolutionär und konterrevolutionär ist also nicht ein Gegensatz zwischen Parteiformationen, sondern ein Gegensatz zwischen Räte- und Parteimacht, ein Gegensatz zwischen Klassendiktatur und Parteidiktatur.

Deshalb kann die Unterdrückung der konterrevolutionären Bestrebungen von Teilen der Arbeiterklasse nicht mit der Unterdrückung der Redefreiheit durch ein Parteiorgan gleichgesetzt werden. Hier haben wir auf der einen Seite einen Teil der Arbeiterklasse, organisiert in ihren Räten und Betriebsorganisationen, mit der Entschlossenheit, diese Organe und ihre Funktionen gegen alles und jeden zu verteidigen, auf der anderen Seite Arbeiter, die unter der Führung des einen oder anderen Parteiapparates agieren und eine staatskapitalistische Diktatur anstreben. Es ist der Kampf der revolutionären Arbeitermassen gegen die kapitalistische Armee, die wie jede andere Armee auch aus Proletariern besteht. Die Unterdrückung der staatskapitalistischen Bestrebungen dieses Teils der Arbeiterklasse bedeutet also nicht die Einschränkung der Freiheit im revolutionären Sinne, sie bedeutet im Gegenteil die Verteidigung der uneingeschränkten geistigen und materiellen Freiheit der gesamten Arbeiterklasse dadurch, dass sie dem Kapitalismus den Kommunismus entgegensetzt.

Die geistige Freiheit der proletarischen Revolution ist also nichts Absolutes, sie ist keine völlige Freiheit, die alle und jeden zu Wort kommen lässt. Sie ist begrenzt, so wie die geistige Freiheit des liberalen Kapitalismus begrenzt ist; wie dieser hat sie einen Klasseninhalt. Im liberalen Kapitalismus wird die geistige Freiheit durch die Notwendigkeiten des Kapitalismus selbst begrenzt und eingeschränkt. Wo die Arbeiter in einen heftigen Konflikt mit dem Kapital geraten und es gefährden, wird ihre Aktion mit allen Mitteln unterdrückt. Der Kriegszustand, der Belagerungszustand, sind die Rechtsgrundlagen, auf die sich die Bourgeoisie bei der Abschaffung der bürgerlichen Freiheiten beruft.

Die geistige Freiheit der proletarischen Revolution wird auch durch die Lebensbedürfnisse dieser Revolution selbst begrenzt. Und hier ist es der Träger der Revolution selbst, die Klasse, die in ihren Räten organisiert ist, die die Grenze dieser Freiheit definiert. Die Grenze der revolutionären Freiheit fällt mit der Grenze der Revolution zusammen, und diese Grenze liegt dort, wo die Aktivität der Organe der unabhängigen Arbeitermacht aufhört. Daher kann sich die geistige Freiheit nicht auf jene Teile des Proletariats erstrecken, die, in bürgerlichen Traditionen verhaftet, kapitalistischen oder staatskapitalistischen Strömungen folgen und sich der Macht der Räte widersetzen oder sie untergraben; wo diese sich selbst außerhalb und in Gegensatz zum revolutionären Kampf stellen, stellen sie sich außerhalb und in Gegensatz zur revolutionären Freiheit.

Die geistige Freiheit hat einen Klassencharakter, so lange es Klassen gab, und sie wird ihn erst verlieren, wenn die Klassen selbst verschwinden. Bis zu diesem Punkt kann sich ihr Charakter nur ändern, weil sich die Klassen, die sie bestimmen, ändern. Mit dem Verschwinden der Klassen in der kommunistischen Gesellschaft verschwindet auch der Klassencharakter der Freiheit, sie verwandelt sich von der Klassenfreiheit in die allgemeine Freiheit; und am Ende wird sogar das Wort „Freiheit“ vergessen sein, weil ihr Gegenteil, die Unterdrückung, zu einer vergessenen Geschichte gehört!



RESTAURATION DES KAPITALISMUS IN DEUTSCHLAND

DER NEUE INLANDSMARKT

Der finanzielle Bankrott der deutschen herrschenden Klasse (siehe „Radencommunisme“, Nr. 10) brachte Hitler im März 1933 an die Macht. Obwohl die N.S.D.A.P. bei den Wahlen den Höhepunkt ihrer Entwicklung bereits überschritten hatte, war sie die einzige Partei, die eine kompromisslose Propaganda für die neue deutsche Aufrüstung betrieb, die einzige Partei, die ihren ausländischen Gläubigern Deutschland als militärische Weltmacht präsentieren wollte. Außerdem mussten die großen deutschen Industriekomplexe einen neuen Absatzmarkt finden, um das Kapital wieder rentabel arbeiten zu lassen. Aufgrund von Quoten

und hohen Zöllen waren die Auslandsmärkte für deutsche Industrieprodukte völlig unzureichend. Auf diese Weise konnte das deutsche Großkapital zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Gewinne würden durch den neuen heimischen Markt wieder fließen und gleichzeitig wäre es eine Waffe gegen die Konkursverwalter. Rüstung ist aber eine Aufgabe des Staates und der Staat musste daher Druck auf die gesamte deutsche Bevölkerung ausüben, um aus allen Bevölkerungsschichten die notwendigen Milliarden herauszupressen, mit denen er dann seine Aufträge an die Großindustriellen erfüllen konnte. In der Tat wurde die gesamte deutsche Bevölkerung bei den Stahlkönigen, Kohlebaronen und Chemiemagnaten verschuldet. Die gesamte deutsche Bevölkerung wurde vor den Profitkarren dieser mächtigen Leute gespannt.

Der Staat wurde so zum Großkunden der deutschen Industrie. Die Ausgaben für Rüstungsgüter betragen:

Jahr	Betrag (in Millionen)	Prozentsatz des Nationaleinkommens
1932	1.000	2
1933	3.000	6
1934	5.500	11
1935	10.000	8
1936	12.600	20
1937	15.000	22

Es ist kein Wunder, dass sich das Geschäft stark entwickelte, wenn jedes Jahr so große Aufträge erteilt wurden. Die Produktion von Investitionsgütern (1938) stieg daher weit über die Zeit vor der Krise. Im Vergleich zu 1928 [1928=100] stellt sich diese Produktion wie folgt dar:

Eisen und Stahl	151
Andere Metalle	144
Maschinenbau	147
Bauunternehmen	121
Kraftfahrzeuge	182
Chemische Erzeugnisse	127
Papier	121
Kali	131
Kohle	123
Gas	117
Elektrizität	206

Das heißt natürlich nicht, dass die gesamte deutsche Industrie allein von deutschen Direktaufträgen lebt.

Von den Gesamtausgaben für Rüstungsgüter entfällt etwa ein Drittel auf industrielle Aufträge, der Rest wird vom Militär verbraucht. So lebt auch ein großer Teil der Konsumgüterindustrie auf dem Umweg über die Gehälter der Offiziere vom Staat. Nur das Baugewerbe hatte 1938 fast ausschließlich staatliche Auftraggeber. Von allen durchgeführten Bauarbeiten waren staatliche Einrichtungen für militärische und zivile Zwecke bestimmt:

Jahr	Prozentsatz im Namen des Staates
1928	31
1929	30
1932	41
1937	73
1938	fast HUNDERT%

Die Klasse der Eigentümer hat mit diesen staatlichen Anordnungen nicht schlecht abgeschnitten. Der Staat erhebt zwar eine hohe Steuer auf die Gewinne, aber trotzdem bleibt immer noch genug übrig. In den Jahren 1935, 1936, 1938 und 1939 betragen die Gewinnabgaben 20 %, 30 %, 35 % bzw. 40 %. Während sich die Gewinnsteuereinnahmen 1928 auf 608 Millionen beliefen, waren sie im Jahr 1937 auf 1.553 Millionen angestiegen. Die durchschnittliche Dividende stieg von 2½ % im Jahr 1932 auf 6 % im Jahr 1938.

Der Wert der Aktien stieg in dieser Zeit von 5.000 Millionen auf 11.000 Millionen, während sich die nicht ausgeschütteten Gewinne von 175 Millionen im Jahr 1933 auf 2.200 Millionen im Jahr 1937 verzehnfachten.

DAS FINANZWUNDER

Sowohl die Zeitungen der besitzenden Klasse als auch die Presse der Arbeiterorganisationen bringen deutlich zum Ausdruck, dass sie einen solchen Aufschwung nicht erwartet hatten.

Immer wieder wurde der Zusammenbruch dieses Rüstungsbooms als inflationär vorausgesagt, da die notwendigen Milliarden aus allen Bereichen des Wirtschaftslebens aufgebracht werden mussten.

Bislang ist dieser Finanzkollaps jedoch ausgeblieben, und so sprach man vom „Finanzwunder“, das Deutschland erlebte.

Aber Wunder gibt es heute nicht mehr. Gewinne und Steuern können nur aus der Quelle der *unbezahlten Arbeit der Lohnarbeiter* oder aus der Mehrarbeit der Kolonialvölker fließen.

Jeder weiß, dass die Arbeiter in den Fabriken und die Bauern auf den Feldern viel mehr produzieren, als sie verbrauchen.

Sie erhalten nur einen Teil der Gesamtproduktion. Dieser Teil wird durch ihre Löhne bestimmt. Aber um das Finanzwunder zu verstehen, darf man nicht in Löhnen denken, sondern muss in Arbeit denken. Der Teil des gesellschaftlichen Produkts, den die Arbeiter durch ihren Lohn aus der Gesellschaft beziehen, hat natürlich Arbeit erfordert, um diese Waren und Dienstleistungen zu produzieren. Mit seiner Arbeit bereichert er also den Güterreichtum der Gesellschaft. Aber das, was er selbst mit seinem Lohn daraus zieht, übersteigt heute wahrscheinlich nicht mehr als fünfzehn Stunden Arbeit in der Woche: In der Fabrik und auf dem Feld arbeitet er dagegen 50 Stunden. Jeder Lohnempfänger gibt also 35 Stunden mehr Arbeit pro Woche, als er selbst verbraucht. Er wird nur für 15 Stunden bezahlt, während er 35 Stunden *unbezahlte* Arbeit leistet. Die ganze Weisheit des Kapitalismus, sei er liberal oder faschistisch, besteht darin, den bezahlten Teil des Arbeitstages so weit wie möglich zu reduzieren, damit der unbezahlte Teil des Arbeitstages so groß wie möglich sein kann.

Wenn wir nun die fieberhafte Aktivität in Deutschland von 1932 bis 1937 betrachten, sehen wir, dass die Arbeitslosigkeit liquidiert wurde. Die Zahl der Lohnempfänger stieg in dieser Zeit um 51,1 %. Die ausgezahlten Löhne stiegen um fast den gleichen Betrag, nämlich um 50,7 %.

Daraus lässt sich schließen, dass die nationalsozialistische Regierung die Löhne nicht gesenkt hat; sie wurden aber auch nicht erhöht und müssen sich daher auf dem Niveau des tiefsten Krisenjahres 1932 befinden. Der bezahlte Teil des Arbeitstages ist offenbar der gleiche wie im Jahr 1932.

Aber das ist der „nominale“ Lohn. Davon werden 20 %, manchmal bis zu 30 %, für alle Arten von Steuern und Abgaben zugunsten der Staatsausgaben abgezogen. Und jeder weiß auch, dass dieser Betrag unter dem nationalsozialistischen Regime gestiegen ist. Die Lohnempfänger erhalten also in Wirklichkeit weniger als 1932. Sie können weniger kaufen, d.h. der Gesellschaft weniger Arbeit entziehen, was nichts anderes bedeutet als eine Verringerung des bezahlten Teils der Arbeitszeit. In Anbetracht der Tatsache, dass sich die Krisenpreise von 1932 deutlich erholt haben, muss man auf diese Weise auch eine Verringerung des bezahlten Teils des Arbeitstages feststellen.

Dies ist jedoch keineswegs das Wichtigste. Das „Finanzwunder“ lässt sich nur verstehen, wenn man sich ansieht, was mit der Arbeitszeit geschehen ist. Im Jahr 1932 betrug die normale Wochenarbeitszeit 45 Stunden, während sie heute im Durchschnitt 55 Stunden beträgt, was einem Anstieg von mehr als 22 % entspricht. Aber wir haben gesehen, dass der Arbeiter mit seinem Lohn der Gesellschaft heute noch weniger entnimmt als im Jahr 1932. Daraus folgt, dass es sich bei der Zunahme der Arbeitsstunden ausschließlich um *unbezahlte Arbeit handelt*. Betrachtet man nicht nur die Zunahme der Wochenarbeitszeit, sondern auch die Zunahme des unbezahlten Teils des Arbeitstages, so kommt man auf eine Zunahme der unbezahlten Arbeit um 40 % pro Mann (siehe: Bemerkungen S. 303).

Das Finanzwunder verblasst jedoch noch mehr, wenn man nicht den Anstieg der unbezahlten Arbeit *pro Arbeiter*, sondern den Gesamtbetrag der unbezahlten Arbeit der deutschen Arbeiterklasse betrachtet. Von 1932 bis 1937 wurde die Arbeitslosigkeit beseitigt, d.h. mehr als sechs Millionen Männer nahmen ihre unbezahlte Arbeit wieder auf. Nimmt man noch die Tatsache hinzu, dass im Jahr 1932 viele Unternehmen nur drei oder vier Tage in der Woche arbeiteten, während 1937 alle Unternehmen voll ausgelastet waren, so

erkennt man den enormen Anstieg der unbezahlten Arbeit, die zu fließen begann, um die Rüstung zu finanzieren und den Unternehmern die Möglichkeit zu geben, ihre Gewinne zu ernten.

Und vor allem, wenn man bedenkt, dass *jeder Mann 40 % mehr unbezahlte Arbeit* geleistet hat als 1932. Betrachtet man die Dinge unter dem Gesichtspunkt der unbezahlten Arbeit, geht der Spaß am „Finanzwunder“ völlig verloren!

Und trotzdem haben wir die Zunahme der unbezahlten Arbeit unterschätzt! Denn wir haben den Anstieg der Produktion pro Arbeiter nicht berücksichtigt. Von 1890 bis 1913 stieg die Produktion je Arbeiter um durchschnittlich 1,3 % pro Jahr, von 1925 bis 1935 um durchschnittlich 3,5 % und heute um 4,5 % pro Jahr. Dies bedeutet, dass der bezahlte Teil des Arbeitstages abnimmt, auch wenn der Arbeiter mit seinem Lohn die gleiche Menge an Gütern aus der Gesellschaft beziehen würde. Aber auch ohne die Einbeziehung der Produktivitätssteigerung in die Erhöhung der unbezahlten Arbeitszeit ist klar, wie die Milliarden für die Staatsausgaben zustande gekommen sind.

DAS NEUE DEUTSCHLAND

Die neue Entwicklung der deutschen Wirtschaft auf der Grundlage des gewaltigen Wachstums des Reservoirs an unbezahlter Arbeit vollzieht sich mit einer solchen Wucht, dass sie an die Periode der ursprünglichen Akkumulation zu Beginn des Kapitalismus erinnert. Ein Netz von neuen Autobahnen und Kanälen durchzieht das Land. Die Maschinen in den Fabriken knarren und ächzen Tag und Nacht, die Züge rattern ununterbrochen über die Schienen, die Lastwagen eilen mit ihren Ladungen von Rohstoffen und Fertigprodukten in jeden Winkel des Schlachtfelds der Arbeit. Aus dem Deutschland der Kohle und des Eisens ist ein Deutschland der Chemie geworden. Neue Fabriken, ganz neue Industrien sind entstanden. Ehemals landwirtschaftlich geprägte Gebiete wurden von der Industrialisierung eingeholt, und Zehntausende von Landwirten, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr auf dem Land bestreiten konnten, verließen die Felder, um als Industriearbeiter unterzukommen. Die Schwertlinie des Industriegürtels, die früher von Ost nach West verlief, wurde um ein Viertel gedreht und verläuft jetzt Nord-Süd. Hunderttausende von Menschen mussten ihre Heimatstädte verlassen, um die neuen Industriegebiete zu besiedeln. Wo früher kleine Bauerndörfer waren, gibt es heute kleine Industriestädte.

Das hat wenig Ähnlichkeit mit dem „Niedergang des deutschen Kapitalismus“, von dem die alte Arbeiterbewegung so gerne spricht, um ihren eigenen Niedergang zu verschleiern. Vielmehr kann man sagen, dass es den deutschen Kapitalisten endlich, nach fünfzehn Jahren, gelungen ist, die deutsche Arbeiterklasse wieder völlig zu zerschlagen, sie so machtlos zu machen wie in der Zeit der ursprünglichen Akkumulation. Es hat fünfzehn Jahre gedauert, um die „Revolution“ von 1918 so weit zurückzudrängen, dass die Arbeiter völlig niedergeworfen wurden. Aber dann ist der Sieg auch komplett! Jetzt steht die Kapitalistenklasse vor der Weltfront, bedeckt mit dem Blut und Schweiß von Millionen von Massen, peitscht achtzig Millionen Menschen und verweist auf die großen Werke, zu denen sie die versklavten Massen unter Androhung von Bajonett und Konzentrationslager gezwungen hat. Jetzt steht die deutsche herrschende Klasse als Weltmacht, als „gleichberechtigte Nation“, vor der Weltöffentlichkeit. Das ist das neue Deutschland!

Das ist zumindest die eine Seite des neuen Deutschlands. Aber es gibt noch eine andere Seite, die für den Kapitalismus als Ganzes, für die alte Arbeiterbewegung und für die Arbeiterklasse von größter Bedeutung ist. Und das ist die so genannte „totalitäre Wirtschaft“, die diese Entwicklung möglich gemacht hat. Der moderne deutsche Kapitalismus hat die Gesetze der Warenzirkulation im Reich und sogar bis auf den Weltmarkt weitgehend durchbrochen, indem er die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in wenigen Händen konzentrierte. Die Wirtschaft war nicht mehr das Ergebnis „unabhängiger“ Produzenten, die ihren Zusammenhalt über den Markt fanden, sondern der Zusammenschluss der gesamten Wirtschaft erfolgte „künstlich“ durch staatliche Eingriffe. Dieser Zusammenschluss erfolgte nicht nach einem bestimmten „Plan“, sondern ergab sich aus der Notwendigkeit heraus. Eine Maßnahme folgte der anderen und schuf schließlich eine Wirtschaftsstruktur, die weder die wohlhabende Klasse, noch die nationalsozialistische Partei, noch das Kleinbürgertum, noch die Arbeiter vorausgesehen hatten! Hitler erklärte in seiner Reichstagsrede vom 23. März 1933:

„Die Regierung wird die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes nicht durch die Umwege einer staatlich organisierten Wirtschaftsbürokratie, sondern durch die stärkste Förderung der Privatinitiative und durch die Anerkennung des Eigentums lenken.“ (siehe Handelsblad, 16. April 1939)

Heute wissen wir, dass er damit falsch lag. Die Entwicklung von Aktiengesellschaften, die Bildung von Kartellen, die Bildung von Konzernen und die Einmischung des Staates haben bereits im liberalen Kapitalismus die Privatinitiative immer weniger möglich gemacht, und dieser Trend hat sich in der

„totalitären Wirtschaft“ mit noch nie dagewesener Kraft fortgesetzt. Das Eigentum wird anerkannt, aber die Eigentumstitel sind nicht mehr mit dem Recht verbunden, über dieses Eigentum zu verfügen.

Es ist wichtig, sich klarzumachen, dass die deutsche Bourgeoisie kein „neues Wirtschaftssystem“ eingeführt hat, sondern dass die „geordnete Produktion“ aus der Unterbrechung des freien Kapitalverkehrs resultiert (siehe den Artikel „Wirtschaftsordnung“ in *Radencommunisme*, Nr. 8). Diese Unterbrechung des freien Kapitalverkehrs als Verteidigung gegen die zerstörerischen Auswirkungen der Krise von 1929 fand in allen Ländern der Welt statt, hier mehr, dort weniger. Und dementsprechend sehen wir überall auf der Welt Produktions- und Preiskontrollen als besondere Einrichtungen, die die Funktion des freien Kapitalverkehrs übernehmen. Es ist die Form, in der sich das Kapital organisiert, um sich zu erhalten.

Es liegt auf der Hand, dass die Umsetzung dieser Kapitalorganisation ein *Prozess* ist. Damit meinen wir, dass sie nicht von heute auf morgen stattfindet oder „eingeführt“ wird, sondern dass sie allmählich stattfindet, oder damit meinen wir auch, dass sie ein zusammenhängendes Ganzes ist und nicht willkürlich abgebrochen werden kann, ohne in das alte oder noch größere Chaos zurückzufallen. Deshalb wird die besitzende Klasse auf diesen Weg getrieben, auch wenn die einzelnen Kapitalisten in ihrer Profitmacherei und unternehmerischen Freiheit behindert werden und ihm deshalb nur widerwillig folgen. So wie die Kapitalisten im liberalen Kapitalismus des freien Wettbewerbs die Gefangenen ihres eigenen Systems sind, so sind sie es auch in der „totalitären Wirtschaft“.

In Deutschland verlief der Prozess der Neuorganisation des Kapitals so stürmisch wie nirgendwo sonst auf der Welt (abgesehen von Russland). Das lag an dem besonderen Umstand, dass die deutschen Kapitalisten als „gleichberechtigte Nation“ nur durch den Aufbau eines riesigen Militärapparates an der Verteilung des Mehrwerts unter den Kapitalisten der Welt teilnehmen konnten. Wir haben schon gesehen, um welche Summen es geht, so dass die notwendigen Milliarden von allen Seiten zusammengekratzt werden mussten und von einem freien Kapitalverkehr keine Rede sein konnte. Und die enorme Rohstoffknappheit machte die Verteilung der knappen Ressourcen immer notwendiger, so dass auch in diesem Bereich die „Organisation“ zunehmend an die Stelle des freien Kapitalverkehrs treten musste.

Wie ich bereits sagte, ist all dies ein *Prozess*. Es ist nicht schwer, den Verlauf des Prozesses zu verfolgen. In Deutschland müssen 40 % der auszuschüttenden Gewinne an den Staat abgeführt werden, so dass der Staat de facto ein stiller Teilhaber in allen Belangen ist.

„Dieser stille Gesellschafter muss kein Kapital einbringen, um am Gewinn beteiligt zu werden. Als Grundlage der neuen Wirtschaft nimmt er kraft eines höheren Rechts an ihr teil – auch ohne Viertel-, Halb- oder Ganzverstaatlichung.“ (Frankfurter Zeitung, 9. April 1939)

Aber die Kapitalisten waren natürlich nicht sehr begeistert von diesem „höheren Recht“ des Staates. Und so versteht es sich von selbst, dass sie auf jede erdenkliche Weise versuchten, die Gewinne zu verschleiern. Eine Methode bestand darin, beträchtliche Geldbeträge als stille Reserven, als „nicht ausgeschüttete Gewinne“, unter der Bezeichnung „Abschreibungen für Abnutzung von Maschinen und Gebäuden“ zurückzustellen. Oder sie versuchten, durch eine Erhöhung des Verkaufspreises einen höheren Gewinn zu erzielen.

Es braucht nicht viel Phantasie, um zu erkennen, dass die Versuche der Steuerhinterziehung durch die Hüter der immer leeren Staatskasse eine Kontrolle der Unternehmen erforderlich machen. Übrigens war schon viel früher ein Preiskommissar ernannt worden. Da sich der Staat nun aber sein „höheres Recht“ sichern wollte, wurde auch vorgeschrieben, wie hoch die Abschreibungen auf die Maschinen höchstens sein durften. So entstand aus der finanziellen Notlage eine staatliche Kontrolle über die Finanzverwaltung der Unternehmen und eine staatliche Kontrolle über die Preise. Auf den ersten Blick mag dies nicht sehr wichtig erscheinen, aber in Wirklichkeit hatten diese beiden einfachen Maßnahmen die wichtigsten Elemente aus dem Körper des liberalen Kapitalismus herausgeschnitten. Die *Abschreibungs-* und *Preispolitik*, die wichtigsten Elemente der freien Unternehmensfinanzierung, wurden damit eingeschränkt. Der freie Kapitalismus war damit bereits abgeschafft, ohne dass der *Staat in die eigentliche Produktion eingreifen musste*.

PRODUKTIONSKONTROLLE

Die eigentliche staatliche Intervention im Bereich der Produktion kam aus einer anderen Richtung, nämlich aus der Tatsache, dass der Staat zum Großkunden der Industrie wurde. Dies bedeutete natürlich keineswegs, dass der Staat die Privatwirtschaft kontrollierte und sich in den Produktionsprozess einmischte. Der Staat bestimmte nur, *was* und *wie viel* produziert werden sollte. Doch angesichts der herrschenden Devisenknappheit bestimmte der Staat auch, wie viel und welche Rohstoffe importiert werden mussten. Mit den Brüning'schen Devisenverordnungen (Juli 1931) waren bereits die Grundlagen für die Import- und Exportkontrolle geschaffen worden, so dass sich nun praktisch ein Außenhandelsmonopol auf staatlichem Wege bildete. So tritt der Staat nach außen hin als Staatskapitalist auf, während er nichts anderes tut, als Rohstoffe für das Privatkapital zu kaufen und zu verteilen.

Gleichzeitig nutzt der Staat seine Machtposition aus, indem er die Preise vorgibt, die er zahlen will. Die großen Kapitalgruppen profitieren davon nicht. Im Jahr 1929, dem Höhepunkt der „demokratischen“ Periode, betrug der Gewinn 16 % des Volkseinkommens (ohne Berücksichtigung nicht ausgeschütteter Gewinne). Im Jahr 1933 waren es 13,7 %, 1936 16 % und 1937 16,9 %. (Die nicht ausgeschütteten Gewinne stiegen in diesen Jahren stark an.)

Gleichzeitig greift der Staat aber auch in die eigentliche Produktion ein, indem er die anzuwendenden Verfahren vorschreibt und *die Reihenfolge bestimmt, in der die Aufträge erfüllt werden müssen*.

Diese wenigen Hinweise reichen aus, um zu zeigen, dass vom freien Kapitalismus in Deutschland nichts mehr übrig ist. Es ist daher kein Wunder, dass viele von „Staatskapitalismus“ sprechen. Nach unseren alten Vorstellungen ist dieser Begriff jedoch völlig falsch. Bisher haben wir darunter nur ein System verstanden, in dem der Staat selbst als Unternehmer auftritt, wie wir es in Russland sehen. Und in Deutschland gibt es so etwas kaum. Aber die Bewegung des Kreislaufs der gesellschaftlichen Arbeit folgt sowohl in Deutschland als auch in Russland denselben Gesetzen: Der Staat reguliert den Arbeitsprozess, verteilt den erwirtschafteten Mehrwert unter den besitzenden Klassen und bestimmt, welcher Teil für den Ausbau des Produktionsapparats bestimmt ist.

Auch der so genannte „Vierjahresplan“ verleiht der deutschen Wirtschaft den Anschein von Staatskapitalismus. Der Vierjahresplan umfasst vor allem den Bau von militärischen Autobahnen und die Schaffung einer eigenen Rohstoffbasis für die Industrie. Soweit der Straßenbau von staatlichen Unternehmen durchgeführt wurde, haben wir es mit Staatskapitalismus zu tun. Aber die neuen Rohstoffindustrien arbeiten hauptsächlich mit privatem Kapital. Die Kapitalisten waren gezwungen, einen Teil ihrer Gewinne in die Errichtung von Fabriken zur Herstellung von künstlichem Erdöl, Benzin, Wolle, Gummi und Eiweiß zu investieren. Obwohl die finanzielle Beteiligung des Staates an diesen Unternehmen sehr gering ist, hat der Staat dennoch einen großen Einfluss auf sie, da sie nur dann rentabel arbeiten können, wenn der Staat den Absatz zu einträglichen Preisen garantiert.

EIN GROSSBETRIEB

Das Wesen dieser „Werkstoffindustrien“ wirft ein deutliches Licht auf die heutige deutsche Wirtschaft. Die neuen Ersatzstoffe sind allesamt teurer als die Preise für natürliche Produkte auf dem Weltmarkt. Daher kann sich das in sie investierte Kapital nur dann auszahlen, wenn der Staat einen Teil des Mehrwerts aus den anderen Industrien auf diese Kapitalien überträgt. Die deutsche Industrie muss also als Ganzes agieren, als ein geschlossenes Produktionssystem, in dem eine negative Bilanz eines Unternehmens durch die Leistungen anderer Unternehmen ausgeglichen werden muss. Jetzt, wo der Staat als großer Verteiler des Mehrwerts an die reiche Klasse auftritt, ist es nicht mehr so entscheidend, ob die Produktionskosten einiger Unternehmen hoch oder niedrig sind. Für die Rentabilität des deutschen Kapitals ist es nicht mehr wichtig, ob einige Unternehmen mit Verlust arbeiten. Es ist dasselbe wie bei jedem kapitalistischen Unternehmen, in dem verschiedene Produkte hergestellt werden. Manchmal läuft ein Produkt nicht so gut, dass Geld zugelegt werden muss, aber das wird dann durch die anderen Produkte des Unternehmens ausgeglichen. Das gesamte in das Unternehmen investierte Kapital wirft somit einen angemessenen Gewinn ab.

Dieser Zustand gilt nun offensichtlich für die gesamte deutsche Wirtschaft, was nichts anderes bedeutet, als dass sie zu einem großen Produktions- und Verteilungsapparat zusammengeschmiedet wurde. Es ist eine sehr hohe Form der Kapitalorganisation, wie wir sie nur in Japan, Russland und Deutschland kennen. Es ist die „totalitäre“ Wirtschaft, in der das gesamte „nationale“ Kapital nach innen und außen als Einheit auftritt. Das bedeutet nicht, dass die deutschen Kapitalisten untereinander keine Widersprüche mehr in ihren Interessen haben, aber die Bekämpfung dieser Widersprüche, der gegenseitige Kampf um die Verteilung des Mehrwerts, muss sich im Rahmen der Gesamtorganisation des Kapitals bewegen.

Die Stärke des heutigen Deutschlands liegt in der Tatsache, dass die deutsche Industrie als eine große Kapitalorganisation agiert. Sie ermöglicht es ihm, Geschäfte zu tätigen, die aus liberal-kapitalistischer Sicht unmöglich sind, weil sie häufig gegen das Gewinnprinzip verstoßen. So kaufte Deutschland 1938 große Getreidelieferungen in Argentinien, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien zu wesentlich höheren Preisen auf, als es beim Kauf in Kanada zu zahlen hätte. Der Kauf in Kanada wäre 35 Millionen Mark billiger gewesen. Aber in Kanada müssten es mit ausländischer Währung bezahlen, während mit den anderen Ländern vereinbart werden konnte, dass sie deutsche Waren für den gleichen Betrag kaufen würden. Auf diese Weise war es möglich, die deutsche Exportindustrie in Gang zu halten und gleichzeitig den Import zu finanzieren (derzeit arbeiten zwei Millionen Menschen in der Exportindustrie; vor dem Krieg waren es 3½ Millionen). Der finanzielle Nachteil muss von der gesamten Bevölkerung getragen werden, da die hohen Getreidepreise an sie weitergegeben werden. In jedem Fall aber kann das Unternehmen in der totalitären Wirtschaft eine Größe erreichen, die in der liberalen Wirtschaft nicht mehr möglich ist. Hinter jedem Geschäft in Deutschland steht nicht mehr ein einzelnes Unternehmen, sondern die Milliardeninvestitionen der gesamten deutschen

Wirtschaft. Deshalb können die Kapitalisten aus den „demokratischen“ Länder mit ihrer niedrigeren Kapitalorganisation nicht mit den deutschen konkurrieren.

Gleichzeitig ermöglicht es der hohe Organisationsgrad des deutschen Kapitals, den gesamten Wirtschaftssektor zu einem Organ der Außenpolitik zu machen. Mit Hilfe von unrentablen Handelsgeschäften werden ganze Länder in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland gebracht. Auf diese Weise hat es bereits ganz Mitteleuropa und den Balkan in ein halb erobertes Gebiet verwandelt (siehe *Radencommunisme*, Nr. 6). Es ist richtig, dass dies Geld kostet. Aber ein Krieg ist auch nicht billig!

TOTALITÄRE WIRTSCHAFT

Die Merkmale der totalitären Wirtschaft lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Das Privateigentum wurde in Form von Aktiengesellschaften beibehalten, aber das Eigentum ist nicht mehr mit dem Verfügungsrecht verbunden. Durch seine Preispolitik kontrolliert der Staat bis zu einem gewissen Grad die Gewinnspanne der einzelnen Kapitalisten, während durch die Abschaffung des freien Kapitalmarktes *die Richtung der Unternehmensexpansion vorgeschrieben wird*. Wenn die Preisregulierung erfolgreich sein soll, muss der Staat gleichzeitig auch die *Produktion* regulieren, indem er festlegt, *was, wie viel und wo* produziert werden soll. Dazu gehören eine geplante Verteilung der Rohstoffe auf die Unternehmen und die *Festlegung der Arbeitsbedingungen*.

Die Klasse der Lohnabhängigen befindet sich unter der „totalitären Ökonomie“ in einer neuen Situation. Im liberalen Kapitalismus, in dem die Arbeiter in ihrem Kampf um die Arbeitsbedingungen noch mit einzelnen Kapitalisten konfrontiert waren, konnte der Streik eine wirtschaftliche Waffe sein, die die Gewinne des Unternehmens gefährdete. Hier hat der Streik als wirtschaftliches Mittel jedoch wenig Sinn, da die Rentabilität des einzelnen Unternehmens keine entscheidende Rolle mehr spielt. Dies gibt dem Streik eine ganz andere Bedeutung, auf die wir hier nicht eingehen werden. Die Regelung der Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit den auferlegten Preisen kann nur von oben verordnet werden, so dass die Gewerkschaftsbewegung in diesem System keine Funktion hat. Die Arbeiterklasse als Ganzes gerät unter enormen Druck und ihr Lebensstandard wird so weit wie möglich gesenkt. Im „Produktionsplan“ werden die Arbeiter nicht nur als bestimmte Mengen an Lebensmitteln, Kleidung und Wohnraum berechnet, sondern sie müssen wie die Rohstoffe „planmäßig“ auf die Unternehmen verteilt werden. So werden sie daran gehindert, von einem Unternehmen zum anderen zu wechseln oder sich an einen anderen Ort zu begeben, wenn dies nicht im „Plan“ vorgesehen ist. Die Arbeiter sind also an eine bestimmte Fabrik gebunden, so wie früher die Hörigen an ein bestimmtes Stück Land gebunden waren.

Die neue Situation bedingt, dass die Arbeiterklasse ihren Kampf in Bezug auf Ziele und Mittel neu ausrichten muss. Eine „Rückkehr“ zu den alten Parteiformationen und der Gewerkschaftsbewegung würde bedeuten: eine Rückkehr zum liberalen Kapitalismus! Die Arbeiterklasse kann nur dann „vorankommen“, wenn sie den Produktivkräften ihren Kapitalcharakter nimmt und sie in EIGENE VERWALTUNG nimmt, indem sie sie auf die Bedürfnisse der Millionenmassen ausrichtet. Jetzt geht es um die unabhängige Klassenbewegung der in Arbeiterräten organisierten Massen.



AN UNSERE POSTABONEES!

Es gibt noch einige Abonnenten, die ihre Abonnementsgebühr (70 Cent) noch nicht abgeschickt haben. Wir bitten sie, dies bald zu tun, sonst müssen wir sie von der Liste streichen!

Eingereicht anlässlich der Broschüre: „DIE WELT IM KAMPF“⁹

Wie immer sind die Schriften der Rätekommunisten erstaunlich klar und geben einen wirklichen Einblick in den Stand der Dinge. Sie zeigen aber auch oft überraschenderweise einen Mangel an psychologischem Wissen, oder vielleicht besser, einen Mangel an Verständnis für die psychologische Seite der Probleme des Sozialismus. Soweit letzteres der Fall ist, sagen sie uns nicht ausreichend: a) wie es laufen wird, b) wie es laufen sollte. Dies gilt auch für die vorliegende Broschüre.

„Die Welt in Schlachtordnung“ erörtert die (Kriegs-)Situation in der Welt. Es zeigt sich deutlich, dass der kommende Krieg kein Kampf zwischen Freiheit und Unfreiheit sein wird, sondern ein einfacher Kampf um Profit zwischen bestimmten kapitalistischen Gruppen. Es zeigt sich auch deutlich, dass die so genannte Freiheit immer mehr dem Faschismus weicht – weichen muss. Der Faschismus *muss* überall *sein*, weil der Kapitalismus ihn verlangt. Um konkurrenzfähig zu sein, ist es in erster Linie notwendig, dass die Arbeiter viel für wenig Geld arbeiten. Die Ausbeutung wird also zunehmen müssen, da die Produkte billiger sein müssen als die der Konkurrenz. Um dies zu ermöglichen, muss der Arbeiter völlig abhängig sein, er muss blind gehorchen, sein *ganzes* Leben muss auf diese Ausbeutung und diese Abhängigkeit ausgerichtet sein, auch in den „demokratischen“ Ländern. Was in Deutschland geschah (geschehen musste), geschieht (muss geschehen) auch hier. *Das kapitalistische System verlangt dies*. Andererseits sind für den Absatz von Produkten, die Beschaffung von Rohstoffen und vor allem von billigen Arbeitskräften neue Gebiete, vor allem Kolonialgebiete, erforderlich. Um seinen Forderungen in dieser Hinsicht Nachdruck zu verleihen, ist es notwendig, dass der Anspruchsteller eine starke Armee und damit eine Armee-Mentalität bildet. Diese Mentalität durchdringt das gesamte Leben unter den gegenwärtigen Bedingungen. Hier greifen die Ausbeutung *nach innen* und die Suche nach anderen Verwertungsmöglichkeiten *nach außen* ineinander. Zusammen ergeben sie diese Mentalität, die wir mit Recht als präfaschistisch oder faschistisch bezeichnen können.

„Die Welt in Schlachtordnung“ drückt dies mit etwas anderen Worten aus. Dem können wir zustimmen. Wenn sie jedoch darüber sprechen, „wie die Dinge während und nach einem Krieg ablaufen werden“, wird es, gelinde gesagt, fantastisches Geschreibe, was zeigt, dass sie keine Einsicht in die Bedingungen für die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft haben, abgesehen von den wirtschaftlichen. Das Konzept der Rätebildung ist in der Tat richtig. Für die Bildung einer Rätegesellschaft ist es jedoch notwendig, dass die Arbeiter psychologisch reif sind. Sie müssen sehr selbstständig und voller Kampfgeist sein, sonst ist der Kampf schon im Vorfeld verloren. Die Frage, ob die Arbeiter gegenwärtig psychologisch so ausgerüstet sind, wird von den Rätekommunisten zweifellos verneint werden. Die arbeitenden Massen sind gegenwärtig unselbstständig und ohne Kampfgeist für den Sozialismus. Und würde sich dies nach einer gewissen Zeit der Kriegsführung ändern? Würden die Massen dann die Aufgabe des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft selbstständig und kämpferisch angehen? Das müssen wir bezweifeln, denn die psychologischen Voraussetzungen dafür sind uns zumindest teilweise bekannt.

Es stimmt, dass die Arbeiter protestieren werden und dass es Revolutionen geben wird, dass es in vielerlei Hinsicht selbstständige Aktionen geben wird, dass es viele Kämpfer geben wird, aber ich sehe voraus, dass nach kürzerer oder längerer Zeit die selbstständigen Aktionen und der Kampfeswille den alten weichen werden, einfach weil die Arbeiter in die Selbstständigkeit und in den Kampfeswillen hineinwachsen müssen! Ich glaube auch, dass die bisherigen Revolutionen zum großen Teil an der mangelnden Unabhängigkeit der Massen gescheitert sind.

Darin liegt unsere Aufgabe: den Menschen zu helfen, unabhängig zu werden und ihren Kampfgeist zu stärken. *Wie* das geschehen soll, ist eine Frage, die nicht „mal eben“ beantwortet werden kann. Wenn Sie es wünschen, würde ich gerne meine Ansichten dazu in „Radencommunisme“ darlegen.

Aber ich kann hier noch sagen, dass die Kenntnis der menschlichen Seele notwendig ist. Wir müssen wissen, wie wir diese Seele beeinflussen bzw. sie erziehen können. Psychologie und Pädagogik sind also sehr wichtig für unseren sozialistischen Kampf. Wir müssen den Einzelnen und die Massen genau kennen lernen, um mit diesem Wissen (zusätzlich zum wirtschaftlichen Wissen) die Probleme zu klären und die Menschen selbstständiger zu machen.

In der oben genannten Hinsicht lässt uns die G.I.C. immer noch im Stich. Das ist eine Schwäche der G.I.C. in Holland: *Keine oder unzureichende psychologische Kenntnisse*.

⁹ <https://aaap.be/Pages/Pamphlets-GIC.html#dewe>

Dies wird in der zweiten, übertrieben optimistischen und daher ungewollt demagogischen Hälfte dieser ansonsten wertvollen Broschüre nur allzu deutlich.

Anmerkung der G.I.C.:

Wir sehen den Überlegungen unserer Leser mit Interesse entgegen.



BEMERKUNGEN ZU: RESTAURATION DES KAPITALISMUS IN DEUTSCHLAND

Wir haben die Berechnung der unbezahlten Arbeit wie folgt vorgenommen:

Wochenarbeitszeit 45 Stunden. Davon entfallen schätzungsweise 15 Stunden auf bezahlte und 30 Stunden auf unbezahlte Arbeit. Diese Schätzung von 15 Stunden ist wahrscheinlich zu hoch.

Die Senkung des Lebensstandards durch die Erhebung von Steuern auf Löhne und die Verteuerung von Lebensmitteln wird auf über 13 % geschätzt, was sicherlich nicht zu hoch ist. Der bezahlte Arbeitstag [d.h. die Arbeitswoche] sinkt damit auf 13 Stunden.

Wochenarbeitszeit 55 Stunden. Davon waren 13 Stunden bezahlte und 42 Stunden unbezahlte Arbeit.

So stieg die unbezahlte Arbeit von 30 auf 42 Stunden pro Woche, was einer Zunahme von 40 % entspricht.

